Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Schriftleitung: Tageblatt Riesa, Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1395. Girokasse Riesa Nr. 32.

№ 71. **Freitag, 25. März 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 90 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 89.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Albanienkommission.

Wenn die Meldungen aus Paris und London, nach denen der internationalen Albanien-Kommission auch deutsche Offiziere angehören sollen, der Wahrheit entsprechen, dann dürfte die ausländische Presse wieder einmal von ihren Regierungen über den Stand der Dinge besser unterrichtet worden sein, als die deutsche Presse durch die Wilhelmstraße. Während hier in Berlin offiziell versichert wird, daß weder von seiten der deutschen Regierung eine Anregung zu einem solchen Schritt gegeben worden ist, noch eine Anfrage von seiten der an der Streitfrage interessierten oder beteiligten Regierungen erfolgt wäre, betont die offiziöse Presse Frankreichs nachdrücklich die Tatsache, daß die zwischen Berlin, Paris und London geführten Verhandlungen über die Möglichkeit der Beilegung des Albanien-Streitfalls zu einer grundsätzlichen Uebereinstimmung in der Frage der Entsendung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der von Mussolini gegen Belgrad erhobenen Beschuldigungen geführt hätten. Es bestätige sich auch, daß in dieser Kommission deutsche Offiziere aufgenommen werden sollen. In einem ähnlichen Sinne äußern sich auch die englischen Zeitungen. Ueberall rechnet man also mit der fertigen Tatsache, daß Deutschland zum ersten Male nach dem Zusammenbruche seiner politischen Macht wieder an der Lösung eines Problems von weltpolitischer Bedeutung mitarbeiten soll. Nur in der Wilhelmstraße dementiert man. Was zum mindesten erkennen läßt, daß die in Frage kommenden Reichsbehörden sich den praktischen Nutzen einer solchen Vermittlungsarbeit für Deutschland noch reiflich überlegen wollen.

Herr Dr. Stresemann hat jüngst im Reichstage erklärt, daß strengste Neutralität allen außerdeutschen Streitfällen gegenüber das wesentlichste Merkmal einer deutschen Außenpolitik sein müsse. Man wird daher geneigt sein, die Frage zu stellen, ob die Entsendung deutscher Offiziere in die Albanien-Kommission sich mit dem von Stresemann formulierten Begriff einer absoluten Neutralität des Reiches deckt oder nicht. Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Diese Untersuchungskommission hat eingehende Recherchen anzustellen, hat auf Grund des Ergebnisses dieser Recherchen ein Protokoll anzufertigen, das inhaltlich entweder den italienischen Behauptungen recht gibt oder den jugoslawischen Protest stützt. Also entweder Mussolini recht gibt oder der Belgrader Regierung. Daß naturgemäß der ins Unrecht Gesetzte nicht mit geradezu allzufreundlichen Empfindungen den Urteilsspruch entgegennehmen, und diese Mißstimmung unter Umständen auch auf die das Urteil fällenden Mitglieder der Untersuchungskommission abladen wird, dürfte zum mindesten nicht in Erstaunen setzen. Ob es daher angesichts der delikaten Rolle, die Deutschland noch im Welttheater spielt, für das Reich angebracht ist, sich schon jetzt durch ein noch so leises Parteiergreifen in einen Streitfall, der deutsche Interessen nicht im geringsten berührt, einzumischen, mag ernstlich bezweifelt werden. Es mag wohl richtig sein, daß Deutschland durch seine Beteiligung an einer internationalen Aktion von immerhin weltpolitischer Bedeutung einen Prestigeerfolg sich sichert, der seiner ganzen Stellung in der europäischen Diplomatie dienlich sein könnte. Aber bevor nicht die Frage gelöst ist, ob dieser Prestigeerfolg in einem gewissen Verhältnis zu dem Nachteil steht, der dem Reiche durch ein gewisses Abrücken von seinem unbedingten Neutralitätsstandpunkt entstehen dürfte, wäre es übereilt, jetzt schon den sicherlich an und für sich gut gemeinten Vorschlag aus Paris und London mit Genugtuung zu akzeptieren.

Daily Telegraph über deutsche Mitwirkung an der Untersuchung des jugoslawisch-italienischen Streitfalles.

)(London. Zur italienisch-jugoslawischen Spannung schreibt der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph: In britischen Kreisen wird die französische These bestritten, daß Artikel 179 des Versailler Vertrages Deutschland an der Ernennung von Offizieren für die Kommission zur Untersuchung der angeblichen jugoslawischen Rüstungen verhindern würde, wenn er auch die Ernennung von Militärattachés oder militärischen Ausbildungsoffizieren im Auslande verbietet. Denn das deutsche Heer und die deutsche Marine sind stark in der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf vertreten und außerdem werden deutsche Offiziere in den Völkerbundsausschüssen vertreten sein, die in Zukunft die Rüstungen Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens zu untersuchen haben. Mit anderen Worten, es scheint, daß die Mitarbeit Deutschlands, das in dieser Angelegenheit als neutral betrachtet werden kann, in London lebhaft gewünscht wird.

Der Korrespondent sagt noch, Dr. Stresemanns rednerische und diplomatische Haltung in der italienisch-jugoslawischen Angelegenheit werde als ungemein erfreulich und taktvoll bezeichnet. Seine „Neutralitätserklärung" und seine Zurückweisung Breitscheids seien in London und in Rom in gleicher Weise gewürdigt worden.

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

vdz. Berlin. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfing am Donnerstag nachmittag die Vertreter der Freien Gewerkschaften und des Freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsringes, um ihnen Kenntnis zu geben von den Abänderungsvorschlägen der Reichsregierung zur Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923. Wie wir hören, übten die Gewerkschaftsvertreter an dem Entwurf lebhafte Kritik und erklärten, daß er für die Arbeitnehmerschaft keine befriedigende Lösung des Arbeitszeitproblems darstelle.

Widerliche Tumultszenen im sächsischen Landtag.

Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Ewert. — Ablehnung der Ungültigkeitserklärung der Gesamtwahl. — Tumult und Tätlichkeiten. — Unterbrechung der Sitzung. — Räumung der Tribüne.

)(Dresden, 24. März. Der Landtag lehnte in seiner heutigen Sitzung beim Punkte Wahlprüfungen einen sozialdemokratischen Antrag, die gesamten Landtagswahlen für ungültig zu erklären, mit 48 gegen 43 Stimmen ab. Dagegen wurde ein Antrag angenommen, die Wahl des kommunistischen Abgeordneten und Fraktionsführers Ewert für ungültig zu erklären, da Ewert weder vor noch während der Landtagswahlen seinen Wohnsitz in Sachsen gehabt habe.

Im weiteren Verlauf kam es zu erregten Lärmauftritten, da Abg. Renner (Kommunist) dem Abg. Bethke (Altsozialist) vorwarf, er habe den Kommunisten versprochen, für die Gültigkeit der Wahl Ewerts zu stimmen, falls die Kommunisten Bethkes Gehalt als Chefredakteur der Sächsischen Staatszeitung bewilligten. Bei diesen Worten erhob sich ein ungeheurer Entrüstungssturm. Als Bethke das Wort ergreifen wollte, kam es beinahe zu Tätlichkeiten, so daß der Vizepräsident Hickmann schließlich genötigt war, die Sitzung zu unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung kam es erneut zu wüsten lärmenden Auftritten. Abg. Bethke, der wiederum das Wort zu einer Erklärung nehmen wollte, wurde von den kommunistischen Abgeordneten mit Gewalt von der Tribüne gezerrt und nach der Mitte des Saales abgedrängt. Schließlich gelang es mehreren bürgerlichen Abgeordneten, die Kämpfenden zu trennen. Da der wüste Lärm trotzdem andauerte, sah sich Präsident Schwarz schließlich gezwungen, die Sitzung abermals zu unterbrechen. Gleichzeitig wurden die Tribünen geräumt, weil auch von dorther Störungen unternommen worden waren.

)(Dresden, 24. März. Gegen 6 Uhr teilte Vizepräsident Dr. Eckardt mit, daß der kommunistische Abg. Rascher, der an der Tumultszene in der Hauptsache beteiligt war, auf acht Tage von den Vollsitzungen ausgeschlossen wird. Das Haus vertagte sich darauf. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung soll am Dienstag erledigt werden.

Der Sitzungsbericht.

tlk. Dresden, 24. März 1927.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Pagenstecher (Dn.) eine Erklärung ab, in der er die vom Abg. Liebmann (Soz.) aufgestellten Behauptungen über seine (Pagenstechers) mangelnde Einkommensteuerzahlung als unwahr zurückweist.

In einer weiteren Erklärung des Abg. Edel (Soz.) protestiert die sozialdemokratische Fraktion gegen die Zustimmung der sächsischen Vertreter im Reichsrat zur Mietpreiserhöhung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bilden

Wahlprüfungen.

Der Prüfungsausschuß beantragt, die Landtagswahlen im 1. Wahlkreise (Dresden-Bautzen) und im 2. Wahlkreis (Leipzig) für gültig zu erklären. Ein längerer schriftlicher Bericht liegt vor über das Prüfungsergebnis der Wahlen im 3. Wahlkreis (Chemnitz-Zwickau), insbesondere der Wahl des Abg. Ewert (Komm.). Die Minderheit des Ausschusses beantragt, die Wahl Ewerts, wie auch der übrigen Abgeordneten dieses Wahlkreises, für ungültig zu erklären. Die Mehrheit beantragt Gültigkeitserklärung.

Außerdem beantragt Abg. Menke namens der SPD., die Gesamtwahlen zum Landtag für ungültig zu erklären.

Abg. Renner (Komm.) teilt mit, daß seine Freunde für Ungültigkeit der Landtagswahlen stimmen würden. Bezüglich der Angelegenheit Ewerts würden nicht rechtliche, sondern rein politische Gründe geltend gemacht, um einem unbequemen Gegner die Immunität zu entziehen.

Der Antrag Menke auf Ungültigkeitserklärung der Gesamtwahl wird mit 48 gegen 43 Stimmen der Linkssozialisten abgelehnt. Die Wahlen für den 1. und 2. Wahlkreis wurden einstimmig für gültig erklärt.

Die Wahl des kommunistischen Abgeordneten Ewert wird mit 48 gegen 43 Stimmen für ungültig erklärt. Ewert ist damit seines Abgeordnetenmandates verlustig gegangen. Im übrigen werden die Wahlen im 3. Wahlkreis für gültig erklärt.

Die Ablehnung der Wahl Ewerts löste einen Sturm der Entrüstung bei den Linkssozialisten und Kommunisten aus. Der Abg. Ewert ist zu der heutigen Sitzung nicht erschienen.

Nachdem sich der Sturm einigermaßen gelegt hat, soll die

Wahl von 10 Mitgliedern und je zwei Stellvertretern für die Gemeindekammer

erfolgen.

Abg. Böchel (L.-Soz.) bezeichnet die Vorschlagsliste als einen Kompromiß zur Bildung des bürgerlichen Regierungsblocks.

Abg. Renner (Komm.) protestiert gleichfalls gegen die vorgelegte Liste und teilt mit, der altsozialistische Abg. Bethke habe in der Dienstagsitzung des Landtages, als über das Gehalt des leitenden Redakteurs der Sächsischen Staatszeitung (Abg. Bethke) abgestimmt wurde, erklärt: **Wenn die Kommunisten gegen das Gehalt Bethkes stimmen würden, dann würden die Altsozialisten für Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abg. Ewert eintreten. Von allen Bänken der Linken erschollen lebhafte erregte Zurufe,** von denen man vernimmt: Korruption, Lumperei usw. Mehrere kommunistische Abgeordnete stellen sich **drohend vor dem Platz Bethkes** auf. Als dieser sich zum Wort meldet, entsteht **ein ungeheurer Lärm.** Bethke kann sich nicht verständlich machen. Er wird als „gekauftes Subjekt" usw. bezeichnet. **Auch die** Tribünenbesucher beteiligen sich an den Zwischenrufen.

Der Vizepräsident Dr. Hübschmann zeigt eine Engelsgeduld. Abg. Müller-Planitz (Soz.) erhält zwei Ordnungsrufe.

Als sich Abg. **Bethke** nach der Rednertribüne begibt, umringen ihn wieder die Abgeordneten der Linken. **Ein Kommunist faßt ihn beim Rockkragen,** wird aber von anderen Abgeordneten zurückgezogen.

Darauf verzichtet Abg. **Bethke** auf das Wort und der Vizepräsident erteilt dem Abg. **Blüher** das Wort zu einer Erklärung. Abg. Blüher (DVp.) wird mit den Zurufen: Oberschieber, Bundesgenosse von Bethke usw. empfangen. Auch die Tribünenbesucher beteiligen sich wieder an den Zurufen. **Dem Abg. Blüher ist es nicht möglich, zu sprechen.**

Darauf **unterbricht der Vizepräsident die Sitzung.** Beim Verlassen des Saales wird **Abg. Bethke von dem kommunistischen Abg. Schreiber** (Oberwürschnitz) **tätlich angegriffen.** Mehrere Abgeordnete treten dazwischen und befreien den Abg. Bethke von seinem Angreifer. **Unter großem Lärm leert sich langsam das Haus.**

•

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erhält der Abg. **Blüher** (DVp.) das Wort, wird aber von den Kommunisten und Linkssozialisten **mit Schimpfrufen empfangen und niedergeschrien.**

Präsident **Schwarz** erklärt, er werde **unter allen Umständen** die Ordnung im Hause aufrecht erhalten **und die** widerstreitenden Abgeordneten aus dem Hause entfernen lassen. Von Blühers Erklärung hört man nur soviel, daß er die Aufstellung der Liste für die Gemeindekammer verteidigt und mitteilt, **die Aufwertungspartei habe freiwillig einen Sitz an die Deutschnationalen abgegeben.**

Die Linke bricht hierauf in schallendes Gelächter **aus.**

Abg. **Bethke** (A.-Soz.) wird darauf als Redner aufgerufen und begibt sich unter dem Lärm der Linken nach der Redner-Tribüne. **Als er eben die Stufen hinaufsteigen will,** faßt ihn der kommunistische Abgeordnete Rascher an, zieht ihn zurück und brüllt: „Du kommst nicht hinauf". **Mehrere andere Abgeordnete der Linken stürmen ebenfalls auf Bethke zu, fassen ihn an und bedrohen ihn, bis er endlich von mehreren bürgerlichen Abgeordneten in die Mitte genommen und von seinen Angreifern befreit wird.**

Der **Präsident unterbricht wiederum die Sitzung** und ordnet die **Räumung der öffentlichen Tribünen an.** Ein Tribünenbesucher brüllt in den Saal hinab: „Böttcher, die Tribünen sollen ohne Grund geräumt werden, wir gehen nicht." Ein Chorus von Tribünenbesuchern setzt darauf ein: „Wir gehen nicht!" Viele Tribünenbesucher müssen von den Saaldienern mit Gewalt entfernt werden. Im Saale bilden sich noch lebhaft gestikulierende Gruppen von Abgeordneten, die noch lange erregt das eben erlebte widerliche Schauspiel erörterten.

•

Der Aeltestenrat des Landtages beschloß dann, die Sitzung nicht wieder aufzunehmen.

Die nächste Sitzung findet am **Dienstag** mittags 1 Uhr statt. Tagesordnung: Fortsetzung vom Donnerstag.

Reichsratsbeschlüsse.

vdz. Berlin. Der Reichsrat stimmte gestern Verordnungen zu, wonach die Kurzarbeiterfürsorge und die Krisenfürsorge für Erwerbslose bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Arbeitslosenversicherung verlängert werden.

Ferner genehmigte der Reichsrat die in einem Ergänzungsetat beantragte Stellenvermehrung bei den Finanzämtern, wofür ein Betrag von 5 195 800 Mark gefordert wird.

Der Reichsrat erklärte sich weiterhin mit einer Verordnung einverstanden, wonach die Agrarzölle, die im deutsch-schwedischen Handelsvertrag vereinbart worden sind, vorläufig allgemein bis zum 31. Juli d. J. verlängert werden sollen. Preußen hatte dazu beantragt, daß bis zum gleichen Zeitpunkt auch der in der Verordnung vom 30. Juli 1926 für Mehl aus Getreide mit Ausnahme von Hafer und Gerste festgesetzte Zollsatz in Geltung bleiben solle. Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 36 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Der Barmat-Prozeß.

vdz. Berlin. Die für Donnerstag vorgesehene Verhandlung im Barmat-Prozeß wurde auf Freitag verschoben, da ein Schöffe verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen. Infolgedessen wird der jetzige Reichspostminister Dr. Stingl erst am Freitag zu der Frage der Postkredite gehört werden.